

Fragen

für die Fragestunden der Sitzungen des Deutschen Bundestages

am Mittwoch, dem 13. März 1985

am Donnerstag, dem 14. März 1985

Verzeichnis der Fragesteller

<i>Abgeordneter</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordneter</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Amling (SPD)	30, 94	Dr. Hupka (CDU/CSU)	78, 79
Austermann (CDU/CSU)	121, 122	Dr. Jens (SPD)	109, 110
Bamberg (SPD)	102	Kastning (SPD)	68, 69
Frau Dr. Bard (DIE GRÜNEN)	8	Kirschner (SPD)	33
Buschfort (SPD)	35	Klein (Dieburg) (SPD)	43, 44
Catenhusen (SPD)	119, 120	Dr. Klejdzinski (SPD)	66, 84
Conradi (SPD)	95	Dr. Kübler (SPD)	105, 106
Dreßler (SPD)	108	Dr. Kunz (Weiden) (CDU/CSU)	14, 15
Egert (SPD)	2	Lambinus (SPD)	53, 54
Dr. Ehmke (Ettlingen) (DIE GRÜNEN)	12, 13	Dr. Lammert (CDU/CSU)	26
Eigen (CDU/CSU)	16	Lennartz (SPD)	88, 89
Eylmann (CDU/CSU)	10, 11	Lutz (SPD)	34
Frau Fuchs (Köln) (SPD)	32	Frau Luuk (SPD)	5, 6
Gansel (SPD)	80, 81	Müller (Düsseldorf) (SPD)	1
Grunenberg (SPD)	117, 118	Müller (Wesseling) (CDU/CSU)	27, 28
Hansen (Hamburg) (SPD)	111, 112	Müntefering (SPD)	3, 4
Dr. Hauchler (SPD)	71, 72	Paterna (SPD)	61, 62
Heyenn (SPD)	41, 42	Pfeffermann (CDU/CSU)	56, 57
Hinsken (CDU/CSU)	59, 60	Pfuhl (SPD)	51, 52
Frau Hoffmann (Soltau) (CDU/CSU)	98, 99	Frau Reetz (DIE GRÜNEN)	63
Frau Huber (SPD)	23, 24	Reimann (SPD)	37
Huonker (SPD)	96, 97	Reuter (SPD)	64, 65

Verzeichnis der Fragesteller

<i>Abgeordneter</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordneter</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Schlatter (SPD)	90, 91	Stiegler (SPD)	31, 107
Frau Schmedt (Lengerich) (SPD)	7, 70	Stockleben (SPD)	39
Schmidt (München) (SPD)	86, 87	Frau Terborg (SPD)	17, 18
Dr. Schmude (SPD)	55	Toetemeyer (SPD)	73, 74
Dr. Schöfberger (SPD)	29, 85	Uldall (CDU/CSU)	45, 46
Schreiner (SPD)	36	Urbaniak (SPD)	38
Dr. Schroeder (Freiburg) (CDU/CSU)	92, 93	Vogelsang (SPD)	67
Schröder (Hannover) (SPD)	103, 104	Vosen (SPD)	113, 114
Schulze (Berlin) (CDU/CSU)	21, 22	Weinhofer (SPD)	75, 76
Sielaff (SPD)	19, 20	Frau Weyel (SPD)	25
Frau Simonis (SPD)	9	Wischnewski (SPD)	77
Dr. Soell (SPD)	58	Dr. de With (SPD)	82, 83
Dr. Sperling (SPD)	49, 50	Wolfram (Recklinghausen) (SPD)	100, 101
Stahl (Kempen) (SPD)	115, 116	Würtz (SPD)	40
Frau Steinhauer (SPD)	47, 48		

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	Seite
Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit	4
Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau	4
Geschäftsbereich des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit	4
Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes . .	5
Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	5
Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen .	6
Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung .	7
Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung	9
Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr	10
Geschäftsbereich des Bundesministers für das Post- und Fernmelde- wesen	11
Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie .	13
Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft .	13
Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen	14
Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern	15
Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz	16
Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen	16
Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft	18

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend,
Familie und Gesundheit**

1. Abgeordneter
Müller
(Düsseldorf)
(SPD)
Wie beurteilt die Bundesregierung die Verwendung von Lösungsmitteln wie Tri- und Perchlorethylen als Extraktionsmittel in der lebensmittelverarbeitenden Industrie, obwohl diese giftig sind, oft gefährliche Verunreinigungen enthalten und Rückstände in Nahrungsmitteln wie Speiseöl, entkoffeiniertem Kaffee, Kakaobutter und Aromastoffen hinterlassen, und welche umweltfreundlicheren und rückstandsfreien Verfahren zur Extraktion sollten verbindlich vorgeschrieben werden?
2. Abgeordneter
Egert
(SPD)
Wie viele Arbeitslose sind auf ergänzende Sozialhilfe angewiesen, und um wieviel ist die Zahl der arbeitslosen Sozialhilfeempfänger in den letzten Jahren gestiegen?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung,
Bauwesen und Städtebau**

3. Abgeordneter
Müntefering
(SPD)
Wann werden die Einkommensgrenzen nach § 25 II. Wohnungsbaugesetz um 20 v. H. bis 40 v. H. erhöht, und wird sich die Erhöhung nur auf die Berechnungsgrundlage für die Fehlsubventionsabgabe beziehen oder auch auf Wohnberechtigung und Förderung des sozialen Wohnungsbaus allgemein?
4. Abgeordneter
Müntefering
(SPD)
Trifft es zu, daß nach dem Regierungsentwurf zum Wohngeldrecht in den Städten des Ruhrgebiets die angekündigte Entlastung für die Mieter und die selbstnutzenden Eigentümer deutlich geringer sein wird als beispielsweise in München oder Stuttgart, und in welcher Weise soll bei dem neuen System der Miethöhenklasse die Relation von Mietkosten zu Einkommen berücksichtigt werden?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für
wirtschaftliche Zusammenarbeit**

5. Abgeordnete
Frau Luuk
(SPD)
Trifft es zu, daß für Bolivien im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit bereits zugesagte Mittel in Höhe von 120 Millionen DM nicht ausbezahlt werden können, weil das Land mit Zinszahlungen in Höhe von 5 Millionen DM im Verzug ist?

6. Abgeordnete
Frau Luuk
(SPD)
- Denkt die Bundesregierung daran, gemäß Beschluß des Deutschen Bundestages vom 27. November 1984 zum Einzelplan 23 des Bundeshaushalts, Bolivien die Zahlung der Zinsen zu erlassen, um so die Möglichkeit zu schaffen, daß die bereits zugesagten Mittel freigegeben werden können?
7. Abgeordnete
Frau Schmedt
(Lengerich)
(SPD)
- Mit wem hat die Bundesregierung die Vergabe von 133 Stipendien an mocambiquanische Studenten vereinbart, die in einem Kurzbericht über entwicklungspolitische Zusammenarbeit mit Mocambique erwähnt sind, wenn nicht mit der mocambiquanischen Regierung?

Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes

8. Abgeordnete
Frau Dr. Bard
(DIE GRÜNEN)
- Ist der Bundeskanzler bereit, sich den Problemen des Waldsterbens im alpinen Raum zu widmen und bei seinem nächsten, bereits angekündigten Besuch an einer Begehung der bereits erheblich geschädigten Region in Begleitung einheimischer Naturschützer und Biologen teilzunehmen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

9. Abgeordnete
Frau Simonis
(SPD)
- Sieht die Bundesregierung Möglichkeiten, die Kriterien für den Wettbewerb „schönes Dorf“ so zu ändern, daß nicht Sauberkeit und dergleichen am höchsten benotet werden, sondern vielmehr umweltfreundliche Verbesserungen zur Beurteilung herangezogen werden?
10. Abgeordneter
Eylmann
(CDU/CSU)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß sich ein über 50 v. H. hinausgehender Preisverfall auf den Sauerkirschmarkt, wie er im Jahr 1984 in der Bundesrepublik Deutschland zu verzeichnen war, 1985 auf keinen Fall wiederholen darf, wenn verhindert werden soll, daß ein erheblicher Teil der Markto Obst anbauenden Betriebe in ernste wirtschaftliche Schwierigkeiten kommt?
11. Abgeordneter
Eylmann
(CDU/CSU)
- Welche Schritte hat die Bundesregierung bislang unternommen, um eine solche Krise auf dem Sauerkirschmarkt 1985 zu verhindern, und was wird sie insbesondere tun, um die Sauerkirschimporte aus Jugoslawien, die 1984 entscheidend zum Preisverfall beigetragen haben, zu stoppen?

12. Abgeordneter
Dr. Ehmke
(Ettlingen)
(DIE GRÜNEN)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß bereits mehrfach Beamte der Zollfahndung im Urlaub und auf private Kosten den Versuch unternommen haben, bundesdeutsche Horsträuber an Greifvogelnestern in Süditalien zu beobachten, um sie beim Grenzübertritt in die Bundesrepublik Deutschland auf frischer Tat überführen zu können, und welche Anstrengungen finanzieller und außenpolitischer Art wird die Bundesregierung unternehmen, um solche Unzulänglichkeiten im Vollzug des Artenschutzes zu beseitigen?
13. Abgeordneter
Dr. Ehmke
(Ettlingen)
(DIE GRÜNEN)
- Ist die Bundesregierung insbesondere dazu bereit, den vorgesehenen Straftatbestand beim Artenschutz auch auf Straftaten durch Deutsche im Ausland auszudehnen, damit endlich den weltweiten illegalen Naturentnahmen von Tieren und Pflanzen der bedrohten Arten Einhalt geboten werden kann?
14. Abgeordneter
Dr. Kunz
(Weiden)
(CDU/CSU)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß die europäischen Zuckerunternehmen Beghin-Say und Ferruzzi-Eridiana ein gemeinsames Werk in den USA zur Herstellung von 1,6 Millionen Hektoliter Äthanol planen, wobei der Alkohol auch als Zusatz für bleifreies Benzin verwendet werden soll, daß die Mineralölfirma Texaco im Rahmen eines mehrjährigen Vertrages sich bereiterklärt hat, 50 v. H. der Alkoholproduktion dieses Werkes abzunehmen, und welche Folgerungen zieht sie gegebenenfalls daraus?
15. Abgeordneter
Dr. Kunz
(Weiden)
(CDU/CSU)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß Beghin-Say zwei Werke in den französischen Departements Marne und Nord umrüsten will, um dort die Produktion von ca. 15 Millionen Hektoliter Bioalkohol zu erzeugen, mit denen ca. 7 v. H. des Vergasertreibstoffes in Frankreich ersetzt werden kann, und welche Möglichkeiten bestehen nach Auffassung der Bundesregierung, den Einsatz von Alkohol in Vergasertreibstoff in der Bundesrepublik Deutschland und durch ein gemeinsames europäisches Vorgehen auch in der EG voranzubringen?
16. Abgeordneter
Eigen
(CDU/CSU)
- Wie hat sich durch den hohen Stand des Dollarkurses die Wettbewerbslage auf dem Weltmarkt geändert, und gegebenenfalls warum fließt nicht mehr Getreide aus den Lägern der Europäischen Gemeinschaft ab?

Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen

17. Abgeordnete
Frau
Terborg
(SPD)
- Welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung hinsichtlich des deutsch-deutschen Jugendaustausches aus den Gesprächen des ersten Sekretärs der FDJ, Eberhard Aurich, mit Vertretern westdeutscher Jugendverbände im Dezember 1984 vor, und welche Schlüsse zieht die Bundesregierung daraus?

18. Abgeordnete
Frau Terborg
(SPD)
- Was plant die Bundesregierung für 1985, um den beiderseitigen deutsch-deutschen Jugendaustausch wieder zu beleben, nachdem ihre bisherigen Bemühungen, wie sie in der Beantwortung früherer Anfragen dargelegt wurden, offenbar nicht den gewünschten Erfolg hatten?
19. Abgeordneter
Sielaff
(SPD)
- Hat die Bundesregierung den Länderregierungen Anlaß gegeben, sich darüber zu beklagen, daß die Bereitstellung der Mittel des Bundes für Studienfahrten für Schüler-, Jugend- und Studentengruppen in die DDR und nach Berlin zu spät erfolgt, so daß eine notwendige frühzeitige Planung kaum möglich ist?
20. Abgeordneter
Sielaff
(SPD)
- Welche Maßnahmen wird die Bundesregierung ergreifen, damit den Ländern die Verpflichtungsermächtigungen für die rund 80 v. H. Bundesmittel für Studienfahrten für Schüler-, Jugend- und Studentengruppen in die DDR und nach Berlin wesentlich früher als bisher erteilt werden, damit den Antragstellern auch zu einem vertretbaren Zeitpunkt vor der Reise eine Zusage von seiten der Länder gegeben werden kann?
21. Abgeordneter
Schulze (Berlin)
(CDU/CSU)
- Trifft eine Meldung des SED-Zentralorgans „Neues Deutschland“ zu, wonach über 20 000 Übersiedler in die DDR zurückkehren wollen?
22. Abgeordneter
Schulze (Berlin)
(CDU/CSU)
- Welche Erkenntnisse über die Motive von Rückkehrwilligen liegen der Bundesregierung vor?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

23. Abgeordnete
Frau Huber
(SPD)
- Wie viele Arbeitnehmer haben bisher von der gesetzlichen Vorruhestandsregelung Gebrauch gemacht, und wie viele Arbeitslose wurden an deren Stelle eingestellt?
24. Abgeordnete
Frau Huber
(SPD)
- Hält die Bundesregierung die jetzige Vorruhestandsregelung für die unteren Lohngruppen für akzeptabel und auch für Unternehmen tragbar, denen es wirtschaftlich nicht gut geht?
25. Abgeordnete
Frau Weyel
(SPD)
- Ist der Bundesregierung bekannt, wie viele Überstunden in den Arbeitsämtern in den Monaten November 1984 bis Februar 1985 geleistet wurden, und bezieht die Bundesregierung auch die Arbeitsverwaltung in ihre Beschlüsse bezüglich Überstunden ein?

26. Abgeordneter
Dr. Lammert
(CDU/CSU)
- Liegen der Bundesregierung konkrete Angaben über die stark angestiegene Zahl der langfristigen sozialversicherungsfreien Beschäftigungsverhältnisse in Klein- und Mittelbetrieben der deutschen Wirtschaft vor, die einerseits eine Verzerrung der Wettbewerbsbedingungen in den betroffenen Branchen bewirken und zum anderen zur besorgniserregenden Konkurrenz für versicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse geworden sind, und welche Absichten hat die Bundesregierung, diese Mißstände zu beseitigen?
27. Abgeordneter
Müller
(Wesseling)
(CDU/CSU)
- Wie hoch beziffert die Bundesregierung die auf Grund der Schwarzarbeit entstehenden Ausfälle in der gesetzlichen Sozialversicherung sowie beim Steueraufkommen?
28. Abgeordneter
Müller
(Wesseling)
(CDU/CSU)
- Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, den Einsatz illegaler Bauarbeiter aus Nachbarländern auf deutschen Baustellen zu verhindern?
29. Abgeordneter
Dr. Schöfberger
(SPD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung den Umstand, daß die Witwe des ehemaligen NS-Volksgerichtshofpräsidenten Roland Freisler eine Hinterbliebenenrente erhält, und sind die Bundesregierung oder ihr nachgeordnete Stellen am Zustandekommen dieser Rente irgendwie beteiligt gewesen?
30. Abgeordneter
Amling
(SPD)
- Ist die Bundesregierung angesichts der auf Rekordniveau verharrenden Massenarbeitslosigkeit bereit, die vom Verwaltungsausschuß der Bundesanstalt für Arbeit mit Schreiben vom 6. Dezember 1984 u. a. dem Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung gegebenen Anregungen für eine Novellierung des Arbeitsförderungsgesetzes in ihrer Gesamtheit aufzugreifen, und falls dies nicht der Fall ist, mit welcher Begründung werden welche dort gemachten Einzelvorschläge von der Bundesregierung abgelehnt?
31. Abgeordneter
Stiegler
(SPD)
- Warum sind die ostbayerischen Arbeitsämter bei der Zuteilung von Arbeitsbeschaffungsmitteln für das Haushaltsjahr 1985 in der Regel trotz einer allgemeinen Aufstockung der ABM-Mittel schlechter behandelt worden als 1984, und welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, darauf hinzuwirken, daß die Zuteilung der ABM-Mittel des Bundes und der Bundesanstalt für Arbeit in den ostbayerischen Arbeitsamtsbezirken nachfragegemäß nachgebessert wird?
32. Abgeordnete
Frau Fuchs
(Köln)
(SPD)
- Welche politischen Schlußfolgerungen sind nach Auffassung der Bundesregierung aus der letzten Strukturuntersuchung der Bundesanstalt für Arbeit zu ziehen, und welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, die operativen Maßnahmen im Bereich der Arbeitsförderung zu stärken?

33. Abgeordneter
Kirschner
(SPD) Wie hoch waren nach Berechnungen der Bundesregierung die gesamtfiskalischen Kosten der Massenarbeitslosigkeit im Jahr 1984, und von welcher Kostenbelastung geht die Bundesregierung für das Jahr 1985 aus?
34. Abgeordneter
Lutz
(SPD) Mit welcher durchschnittlichen Zahl der gemeldeten Arbeitslosen rechnet die Bundesregierung für 1985, und ist nach den Arbeitsmarktdaten für Januar und Februar 1985 eine Korrektur der Jahresdurchschnittszahl erforderlich?
35. Abgeordneter
Buschfort
(SPD) Mit welchen Problemen sind die Langzeitarbeitslosen nach Kenntnissen der Bundesregierung besonders häufig konfrontiert, und welche Maßnahmen sind nach Auffassung der Bundesregierung geeignet, diese Probleme zu bewältigen?
36. Abgeordneter
Schreiner
(SPD) Wie bewertet die Bundesregierung die Probleme der Frauenarbeitslosigkeit, und mit welcher arbeitsmarktvernichtenden Wirkung rechnet die Bundesregierung durch die neuen Informations- und Kommunikationstechnologien?
37. Abgeordneter
Reimann
(SPD) In welchem Umfang ist die Zahl der Arbeitslosen im Baugewerbe in den letzten Monaten gestiegen, und welche Maßnahmen sind nach Auffassung der Bundesregierung geeignet, dem Beschäftigungseinbruch im Baugewerbe entgegenzuwirken?
38. Abgeordneter
Urbaniak
(SPD) Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, der stark gestiegenen Jugendarbeitslosigkeit in der Altersklasse 20 Jahre bis unter 24 Jahre entgegenzuwirken?
39. Abgeordneter
Stockleben
(SPD) Kann die Bundesregierung bestätigen, daß Heimkehrer mit langjähriger Kriegsgefangenschaft Hilfen nach dem Kriegsgefangenenentschädigungsgesetz (§ 46 b) nur unter erschwerten bürokratischen Hemmnissen erhalten, während die Hinterbliebenen von Kriegsverbrechern ohne Schwierigkeiten beträchtliche Versorgung erhalten, und wie bewertet sie diesen Sachverhalt?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

40. Abgeordneter
Würtz
(SPD) Beabsichtigt die Bundesregierung, die Sparpause für Wehrpflichtige wieder einzuführen, und wenn nein, warum nicht?

41. Abgeordneter
Heyenn
(SPD)
- Wie viele Flüge im Überschallbereich über dem norddeutschen Festland (Bereich Hamburg/Norderstedt) in den Monaten September 1984 bis Februar 1985 sind der Bundesregierung bekannt, und wie viele waren es in den Jahren 1981, 1982 und 1983?
42. Abgeordneter
Heyenn
(SPD)
- Welche Informationen hat die Bundesregierung darüber, daß die extreme Lärmbelästigung durch den Eintritt in den Überschallbereich über dem norddeutschen Festland auch durch andere als Flugzeuge der Bundeswehr verursacht wird, und welche Möglichkeiten sieht sie, darauf einzuwirken, daß der Eintritt in den Überschallbereich künftig generell so weit über dem Meer stattfindet, daß eine Beeinträchtigung der Bevölkerung auszuschließen ist?
43. Abgeordneter
Klein
(Dieburg)
(SPD)
- Welche Luftwaffeneinheiten welcher Nationalität waren an den Übungsangriffen beteiligt, die am Vormittag des 5. März 1985 im Luftraum zwischen Heilbronn und Miltenberg mit dem Schwerpunkt Erbach-Michelstadt ausgetragen wurden, und welche Vorgaben und Ziele hatte diese militärische Übung?
44. Abgeordneter
Klein
(Dieburg)
(SPD)
- Hält es die Bundesregierung für gerechtfertigt, daß ein großes Kankenhaus als Ziel- oder Orientierungspunkt für Luftkämpfe gewählt wird und daß stundenlange Anflüge teilweise zu panikartigen Reaktionen bei Patienten geführt haben?
45. Abgeordneter
Uldall
(CDU/CSU)
- Welche Unterstützungsgesellschaften wurden bisher bei der Vergabe von Rüstungsaufträgen eingeschaltet?
46. Abgeordneter
Uldall
(CDU/CSU)
- Welche Firmen waren Gesellschafter dieser Unterstützungsgesellschaften?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr

47. Abgeordnete
Frau
Steinhauer
(SPD)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß beim Bahnbetriebswerk Siegen im Jahr 1985 nur vier Ausbildungsplätze besetzt werden sollen, während die Ausbildungskapazität im gewerblichen Bereich für 24 Auszubildende vorhanden ist, und handelt es sich bei dieser Nichtausnutzung von Ausbildungsmöglichkeiten um einen Einzelfall?
48. Abgeordnete
Frau
Steinhauer
(SPD)
- Wo und in welcher Anzahl trifft dies gegebenenfalls auch für andere Bundesbahndienststellen zu?

49. Abgeordneter
Dr. Sperling
(SPD)
- Gilt die Neufestsetzung von Vergütungssätzen „für die Bergung vertriebener bundeseigener Seezeichen einschließlich Zubehör und Anlage- teilen sowie meereskundlicher Meßgeräte“ auf Grund der Strandungsordnung vom 17. Mai 1874 durch den Bundesminister für Verkehr und den Bundesminister für das Post- und Fernmeldewesen vom 20. Dezember 1984 auch für bundesei- gene Seezeichen in Binnengewässern, zum Bei- spiel in Seezeichen-Versuchsfeldern?
50. Abgeordneter
Dr. Sperling
(SPD)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß die Bekanntmachung der oben genannten Ände- rung der Vergütungssätze auf Grund der Stran- dungsordnung vom 17. Mai 1874 einen Monat nach ihrem Inkrafttreten nicht dazu beiträgt, die Bergung und Ablieferung von vertriebenen bun- deseigenen Seezeichen bei den entsprechenden Tonnenhöfen zu stimulieren, und welche Konse- quenzen zieht sie daraus?
51. Abgeordneter
Pfuhl
(SPD)
- Seit wann liegt der Katalog mit Mindestanforde- rungen für einen sicheren Schülertransport im Bundesministerium für Verkehr vor (siehe Frankfurter Rundschau vom 26. Februar 1985 und Beantwortung meiner Anfrage vom 24. Ja- nuar 1985)?
52. Abgeordneter
Pfuhl
(SPD)
- Auf Grund welcher Tatsachen unterscheidet die Bundesregierung in ihrer Beantwortung meiner Frage (Plenarprotokoll 10/117) Kraftomnibusse und sogenannte Kleinbusse?
53. Abgeordneter
Lambinus
(SPD)
- Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um im Rahmen des Ausbaus des Mains zur Großwas- serstraße Sorge dafür zu tragen, daß den Belan- gen des Natur- und Umweltschutzes Rechnung getragen wird?
54. Abgeordneter
Lambinus
(SPD)
- Ist die Bundesregierung insbesondere bereit, alle in Wegfall geratenen Bühnenfelder neu anzule- gen und dafür zu sorgen, daß eine sachgerechte Entschlammung der verbliebenen Bühnenfelder erfolgt?

Geschäftsbereich des Bundesministers für das Post- und Fernmeldewesen

55. Abgeordneter
Dr. Schmude
(SPD)
- Müßte nicht nach der Zielsetzung der Bundesre- gierung, Zuständigkeiten und Verantwortung zu dezentralisieren, der Zusammenfassung techni- scher Dienststellen bei Postämtern der Vorzug vor der Zuordnung zu technischen Dienststellen in Nachbarstädten gegeben werden, und wird die Deutsche Bundespost in Beachtung dieser Zielsetzung die maschinentechnische Stelle

- beim Postamt Moers mit den anderen technischen Stellen dieses Amtes zusammenfassen, statt sie den Stellen in Duisburg oder Wesel zuzuordnen?
56. Abgeordneter
Pfeffermann
(CDU/CSU)
- Wieviel offene Stellen der Laufbahn des gehobenen und höheren Fernmeldetechnischen Dienstes hatte die Deutsche Bundespost in den Jahren 1980 bis 1984, und wieviel konnten davon im Laufe des jeweiligen Jahres durch Neubewerber besetzt werden?
57. Abgeordneter
Pfeffermann
(CDU/CSU)
- Welche Entwicklung zeichnet sich für das Jahr 1985 und die folgenden Jahre ab, und welche Bedeutung mißt in diesem Zusammenhang das Bundesministerium für das Post- und Fernmeldewesen der Herabsetzung der Eingangsämter für die betroffenen Laufbahnen bei?
58. Abgeordneter
Dr. Soell
(SPD)
- Ist die Deutsche Bundespost bereit, bei ihrem „Service 130“ für gemeinnützige Unternehmen, wie z. B. für den in Heidelberg geplanten Krebsinformationdienst (KID), die Grundgebühr von 1 000 DM zu erlassen bzw. zu reduzieren sowie statt der bisher verlangten doppelten Gesprächsgebühr nur die normalen Telefongebühren zu verlangen?
59. Abgeordneter
Hinsken
(CDU/CSU)
- Ab wann und wie haben die einzelnen Oberpostdirektionen die Städte, Landkreise und Gemeinden in ihren Bereichen über das Verkabelungswesen informiert?
60. Abgeordneter
Hinsken
(CDU/CSU)
- Welche Maßnahmen ergreift die Bundesregierung, um in der Fläche, der gleichen Lebensbedingungen wegen, die Verkabelung genauso schnell wie in den Ballungsräumen durchzuführen?
61. Abgeordneter
Paterna
(SPD)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß das Peilfunknetz Nordsee zur Positionsbestimmung von Schiffen insbesondere bei Unfällen notwendig ist, und ist sie deshalb bereit, das bestehende System dieses Peilfunknetzes unverändert weiterzuführen?
62. Abgeordneter
Paterna
(SPD)
- Wie hat sich die Anzahl der UKW-Seefunkstellen im Empfangsbereich der deutschen Nordseeküste entwickelt, und welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung daraus bezüglich Zahl und Qualifikation des bei den Küstenfunkstellen eingesetzten Personals?
63. Abgeordnete
Frau Reetz
(DIE GRÜNEN)
- Inwiefern verstößt die Deutsche Bundespost (DBP) gegen Artikel 5 GG (ungehinderter Zugang zu Informationen) durch die Monopolisierung des Empfangs von Fernsehprogrammen, die über Satelliten ausgestrahlt werden, allein

auf Kabelübertragung, und warum wird z. B. das von ZDF, ORF und dem Schweizer Fernsehen angekündigte 3 SAT-Programm, das in der Schweiz mit einer Parabolantenne zu empfangen ist, für die Bundesrepublik Deutschland verschlüsselt gesendet und von der DBP dekodiert in das Kabelnetz eingespeist?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie

64. Abgeordneter
Reuter
(SPD)
- Inwieweit hat sich das Bundesministerium für Forschung und Technologie bei der Forschungsförderung für Windkraftanlagen die Erfahrungen zunutze gemacht, die die „Windkraftgesellschaft mbH Berlin“ mit dem Bau des ersten, mit vier Flügeln und automatischer Steuerung der Anstellwinkel ausgestatteten 1 000 KW-Windkraftwerkes „Teubert“ bei Kladow/Havel im Jahr 1935 (!) sammelte?
65. Abgeordneter
Reuter
(SPD)
- Kann die Bundesregierung angeben, warum die vor 50 Jahren mit so viel Optimismus begonnene Entwicklung großer Windkraftwerke (z. B. das „Höhenzonen-Windkraftwerk“, das der Erbauer des Berliner Funkturms, Ing. Honnef im Februar 1932 (!) der „Gesellschaft für Technische Physik“ und der „Wissenschaftlichen Gesellschaft für Luftfahrt“ vortrug) wieder eingestellt bzw. von den Elektrizitätsversorgungsunternehmen nicht angenommen und verwirklicht wurde?
66. Abgeordneter
Dr. Klejdzinski
(SPD)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß in Wien und Tokio öffentliche Verkehrsmittel mit alternativen Kraftstoffen gefahren werden, und wenn ja, welche Erfahrungen haben diese Städte mit dem Einsatz von Alternativkraftstoffen gemacht?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft

67. Abgeordneter
Vogelsang
(SPD)
- Welche Gründe haben die Bundesministerin für Bildung und Wissenschaft veranlaßt, bei der Eröffnung der „didacta '85“ davor zu warnen, bei der Einführung neuer Techniken die Verantwortung gegenüber den Schülern „nicht kurzfristigen Marktinteressen“ zu opfern?
68. Abgeordneter
Kastning
(SPD)
- Lassen die Äußerungen der Bundesministerin für Bildung und Wissenschaft bei der Eröffnung der „didacta '85“, sie sei gegen die unkritische Haltung bei Einführung neuer Techniken in der Schule, darauf schließen, daß eine Kursänderung gegenüber der bisherigen vorbehaltlosen Zusammenarbeit mit der Fördergemeinschaft zur Unterstützung der Aktion Computer und Bildung eingetreten ist?

69. Abgeordneter
Kastning
(SPD)
- Was versteht die Bundesregierung unter einer kritischen Haltung bei der Einführung neuer Techniken in der Schule?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

70. Abgeordnete
Frau Schmedt (Lengerich)
(SPD)
- Kann die Bundesregierung die Meldung der „Rand Daily Mail“ vom 2. November 1984 bestätigen, daß Artur Janeiro da Fonseca, Mitglied des Resistencia Nacional Mocambiquana (RNM), in der Bundesrepublik Deutschland war, und kann die Bundesregierung mitteilen, was er hier unternommen hat?
71. Abgeordneter
Dr. Hauchler
(SPD)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß die Resistencia Nacional Mocambiquana (RNM) 1976 unter Mithilfe der damaligen weißen Minderheitsregierung Rhodesiens gegründet und nach dem Sturz der Regierung Smith von der Republik Südafrika weiter massiv unterstützt worden ist, und wenn ja, welche Folgerungen zieht sie daraus?
72. Abgeordneter
Dr. Hauchler
(SPD)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß die Resistencia Nacional Mocambiquana (RNM) ihre gewaltsamen Anschläge vor allem gegen die Zivilbevölkerung richtet, während der Dürre Hilfst Transporte ins Landesinnere abgefangen hat, Ernten vernichtet und Saatgut raubt?
73. Abgeordneter
Toetemeyer
(SPD)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß im März 1983 eine Zusammenkunft des Nationalrates der „Resistencia Nacional Mocambiquana“ (RNM), die der Vorbereitung von Terroranschlägen in Mocambique diente, in der Bundesrepublik Deutschland stattgefunden hat, und wenn ja, was gedenkt sie zu unternehmen, um derartige Zusammenkünfte in der Bundesrepublik Deutschland künftig zu verhindern?
74. Abgeordneter
Toetemeyer
(SPD)
- Kann die Bundesregierung bestätigen, daß im November 1983 bzw. im November 1984 Treffen zwischen RNM-Vertretern, u. a. dem Generalsekretär Evo Fernandes, und Vertretern der Konrad-Adenauer-Stiftung sowie der Hans-Seidel-Stiftung in der Bundesrepublik Deutschland stattgefunden haben?
75. Abgeordneter
Weinhofer
(SPD)
- Welche Gründe waren für die Bundesregierung maßgebend, wie Pressemitteilungen kürzlich zu entnehmen war, mit einer Note an den Schweizer Bundesrat zugunsten des bayerischen Bauunternehmers Hanns Maier und seiner schweizer Firma „Bau und Touristik AG“ Einfluß zu

nehmen, obwohl der Bundesregierung die Fakten, die zur Ausweisung des oben Genannten aus der Schweiz und zur Liquidationsklage gegen seine Firma führten, bekannt sein mußten?

76. Abgeordneter
Weinhofer
(SPD)

Wer veranlaßte die Bundesregierung zu dieser Note und wie lautete der Inhalt?

77. Abgeordneter
Wischnewski
(SPD)

Welche Maßnahmen hat die Bundesregierung ergriffen, um den Bundesbediensteten in den USA und gegebenenfalls auch in anderen Staaten behilflich zu sein, die durch den Kurs des US-Dollars einen erheblichen Teil ihres Einkommens verloren haben und dadurch zum Teil in schwere Notlagen geraten sind?

78. Abgeordneter
Dr. Hupka
(CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung die immer geringer werdende Zahl der deutschen Aussiedler aus der Sowjetunion, und welche Interventionsmöglichkeiten bestehen überhaupt noch für die Bundesregierung?

79. Abgeordneter
Dr. Hupka
(CDU/CSU)

Kann die Bundesregierung Nachrichten bestätigen, denen zufolge Deutsche aus der Sowjetunion vor die Wahl gestellt werden, entweder die Ausreise in die DDR anzutreten oder auf jede Ausreisemöglichkeit verzichten zu müssen?

80. Abgeordneter
Gansel
(SPD)

Was ist der Bundesregierung über die Bombardierung der Baustelle des Atomkraftwerkes Bushir im Iran durch die Luftwaffe des Irak bekannt, und welche Konsequenzen ergeben sich daraus für die Lieferung sensibler Teile des Atomkraftwerkes aus der Bundesrepublik Deutschland?

81. Abgeordneter
Gansel
(SPD)

Ist es zutreffend, daß die Baustelle für das iranische Atomkraftwerk Bushir, das von Unternehmen aus der Bundesrepublik Deutschland geliefert wird, durch die irakische Luftwaffe bombardiert worden ist und daß dabei Waffensysteme eingesetzt worden sind, die zum Teil von Unternehmen aus der Bundesrepublik Deutschland geliefert worden sind?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

82. Abgeordneter
Dr. de With
(SPD)

Trifft es zu, daß Indizien gegen zwei abzuschiebende Syrier vorlagen, nach denen am 27. Februar 1985 mit Gewalthandlungen auf dem LH-Flug Nr. 612 von Frankfurt/Main nach Damaskus zu rechnen war bzw. Gewalthandlungen nicht ausgeschlossen werden konnten?

83. Abgeordneter
Dr. de With
(SPD) Welche Vorkehrungen wird die Bundesregierung treffen, um ähnliche Vorfälle vermeiden zu helfen?
84. Abgeordneter
Dr. Klejdzinski
(SPD) Hält die Bundesregierung es in Anbetracht der Tatsache, daß während des Smogalarms in Nordrhein-Westfalen Autos, die mit Autogas ausgerüstet waren, von dem geltenden Fahrverbot ausgenommen waren, nicht für dringend erforderlich, Kraftfahrzeuge der öffentlichen Hand (Krankenwagen, Polizei, Busse etc.) ebenfalls generell auf Autogas umzustellen, und wenn ja, welche Schritte hat die Bundesregierung dazu eingeleitet oder wird sie einleiten?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

85. Abgeordneter
Dr. Schöfberger
(SPD) Ist der Bundesregierung bekannt, ob der ehemalige KZ-Arzt von Auschwitz, Josef Mengele, mit in Bayern erwirtschaftetem Geld (u. a. über ein Schweizer Nummernkonto) von seiner Familie unterstützt wurde oder wird?
86. Abgeordneter
Schmidt
(München)
(SPD) Welche Anstrengungen haben die Bundesregierung bzw. Dienststellen der Bundesrepublik Deutschland bisher unternommen, um den Aufenthaltsort des früheren KZ-Arztes Dr. Mengele ausfindig zu machen und ihn einem Gerichtsverfahren in der Bundesrepublik Deutschland zuzuführen?
87. Abgeordneter
Schmidt
(München)
(SPD) Wurden Geldbeträge für Hinweise auf den Aufenthaltsort Dr. Mengeles von der Bundesregierung bzw. von Dienststellen der Bundesrepublik Deutschland ausgesetzt und gegebenenfalls in welcher Höhe?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

88. Abgeordneter
Lennartz
(SPD) Bei welchen Brutto-Arbeitslöhnen hat ein kinderloser verheirateter Alleinverdiener im Jahr 1985 eine durchschnittliche Lohnsteuer-Belastung von 36 v. H. bzw. 49 v. H. bzw. 56 v. H. des Arbeitslohns?
89. Abgeordneter
Lennartz
(SPD) Bei welchen Brutto-Arbeitslöhnen würde sich auf Grund des Steuersenkungsgesetzes der Bundesregierung bei einem kinderlosen verheirateten Alleinverdiener im Jahr 1988 eine durchschnittliche Lohnsteuer-Belastung von 36 v. H. bzw. 49 v. H. bzw. 56 v. H. des Arbeitslohnes ergeben?

90. Abgeordneter
Schlatter
(SPD)
- Bei welchen Einkommen ergibt sich nach der Splitting-Tabelle 1985 eine durchschnittliche Einkommensteuer-Belastung von 36 v. H. bzw. 49 v. H. bzw. 56 v. H. des zu versteuernden Einkommens?
91. Abgeordneter
Schlatter
(SPD)
- Bei welchen Einkommen würde sich auf Grund des Steuersenkungsgesetzes der Bundesregierung nach der Splitting-Tabelle 1988 eine durchschnittliche Einkommensteuer-Belastung von 36 v. H. bzw. 49 v. H. bzw. 56 v. H. des zu versteuernden Einkommens ergeben?
92. Abgeordneter
Dr. Schroeder
(Freiburg)
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung Berichte, daß in Hessen bei 43 als Großbetriebe eingestuften Kreditinstituten noch nie eine steuerliche Betriebsprüfung stattgefunden hat, und welche Konsequenzen hat das Bundesamt für Finanzen daraus gezogen?
93. Abgeordneter
Dr. Schroeder
(Freiburg)
(CDU/CSU)
- Welche finanziellen Auswirkungen hatten die Steuerausfälle des vergangenen Jahres auf den Länderfinanzausgleich für das Bundesland Hessen und die übrigen Bundesländer?
94. Abgeordneter
Amling
(SPD)
- Welche ökonomischen Erkenntnisse und beschäftigungspolitischen Überlegungen der Bundesregierung sind ursächlich dafür, daß sie zwar an Städte und Gemeinden appelliert, zur Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit die kommunalen Investitionen zu erhöhen, es gleichzeitig aber nach wie vor ablehnt, selbst beschäftigungspolitisch motivierte Investitionsprogramme aufzulegen?
95. Abgeordneter
Conradi
(SPD)
- Gibt es über Artikel 53 Abs. 1 des Zusatzabkommens zum NATO-Truppenstatut hinaus rechtliche Grenzen für die Durchsetzung der Einhaltung der deutschen Rechtsvorschriften in bezug auf die Lagerung von Treibstoffen durch die in der Bundesrepublik Deutschland stationierten amerikanischen Truppen?
96. Abgeordneter
Huonker
(SPD)
- Kann die Bundesregierung bestätigen, daß das Tanklager der amerikanischen Truppen auf der Gemarkung Asperg/Ludwigsburg den deutschen Rechtsvorschriften in bezug auf die Lagerung von Treibstoffen nicht entspricht, und kann sie die Gründe dafür nennen, warum es der zuständigen Oberfinanzdirektion trotz mehrfacher Ölunfälle in den vergangenen Jahren noch immer nicht gelungen ist, eine den deutschen Vorschriften entsprechende Sanierung dieses Tanklagers durchzusetzen?

97. Abgeordneter
Huonker
(SPD)
- Was kann und wird die Bundesregierung tun, um eine unverzügliche, den deutschen Vorschriften in bezug auf die Lagerung von Treibstoffen entsprechende Sanierung des Tanklagers der amerikanischen Streitkräfte in Asperg/Kreis Ludwigsburg durchzusetzen?
98. Abgeordnete
Frau Hoffmann (Soltau)
(CDU/CSU)
- Welches sind die Motive, den Verkauf von Speisen und Getränken zum Verzehr an Ort und Stelle bei gemeinnützigen Vereinen mit dem ermäßigten Mehrwertsteuersatz zu belasten, und wie hoch sind die steuerlich erfaßten bzw. die – nach Schätzungen der Bundesregierung – nicht erfaßten (und nicht versteuerten) Umsätze?
99. Abgeordnete
Frau Hoffmann (Soltau)
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung bereit, im Hinblick unter anderem auf eventuell auch arbeitsplatzgefährdende Wettbewerbsverzerrungen, die Privilegierung der Zweckbetriebe hinsichtlich des Verkaufs von Speisen und Getränken zum Verzehr an Ort und Stelle zu beseitigen, und wenn nein, beabsichtigt die Bundesregierung, im Bereich sogenannter geselliger Veranstaltungen weitere Privilegierungen bezüglich des Verkaufs von Speisen und Getränken zum Verzehr an Ort und Stelle einzuräumen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

100. Abgeordneter
Wolfram (Recklinghausen)
(SPD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Warnung des Hamburger Weltwirtschaftsarchivs – Institut für Wirtschaftsforschung –, daß ein Rückzug der Mineralölunternehmen in der Bundesrepublik Deutschland aus der Rohölverarbeitung zu beachtlichen Gefahren führen kann, und welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung daraus?
101. Abgeordneter
Wolfram (Recklinghausen)
(SPD)
- Ist die Bundesregierung endlich bereit, durch konkrete Maßnahmen dazu beizutragen, daß der Grad unserer Importabhängigkeit nun nicht auch noch bei Mineralöl-Fertigprodukten unangemessen und unverträglich steigt?
102. Abgeordneter
Bamberg
(SPD)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß österreichische Firmen, vor allem Baufirmen, spezifische Wettbewerbsvorteile ausnützend verstärkt gerade im Grenzgebiet um deutsche Aufträge werben, und welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, vor allem zum Schutz der nicht nur im Grenzgebiet, sondern in ganz Bayern betroffenen Baufirmen, gegen die von den Österreichern eingeleiteten Werbemaßnahmen vorzugehen?

103. Abgeordneter
Schröder
(Hannover)
(SPD)
- Steht der Computer-Typ IBM 370/158 auf der COCOM-Liste, und wenn nein, was hindert das Bundesamt für gewerbliche Wirtschaft in Eschborn daran, die Ausfuhr eines solchen Computers als Geschenk an die Universität Wroclaw (Breslau) unbürokratisch und schnell zu genehmigen?
104. Abgeordneter
Schröder
(Hannover)
(SPD)
- Falls dieser Computer-Typ auf der COCOM-Liste steht, welche Möglichkeiten sieht das Bundesministerium für Wirtschaft, einen solchen Computer dennoch an die Universität Wroclaw (Breslau) zu verschenken, insbesondere unter Berücksichtigung der Tatsache, daß das Gerät in Westeuropa nur noch Schrottwert hat und die Universität Wroclaw (Breslau) schriftlich bereits garantiert hat, diesen Computer ausschließlich zu Forschungs- und didaktischen Zwecken zu nutzen?
105. Abgeordneter
Dr. Kübler
(SPD)
- Gilt in der Stromwirtschaft das Marktprinzip, und mit welchen Maßnahmen wird die Bundesregierung gegebenenfalls dafür eintreten, das Marktprinzip in der Stromwirtschaft verstärkt zur Geltung zu bringen?
106. Abgeordneter
Dr. Kübler
(SPD)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß öffentliche und private Investitionen für die Einsparung von Energie und für umweltfreundliche Erzeugungsformen absoluten Vorrang haben müssen vor solchen Investitionen, die der Energieerzeugung in Großkraftwerken dienen, und mit welchen Maßnahmen wird sie diese Ziele bejahendenfalls unterstützen?
107. Abgeordneter
Stiegler
(SPD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die weitere Entwicklung der Bauwirtschaft (Bauindustrie und Baugewerbe), und was wird sie unternehmen, um mitzuhelfen, Betriebe und Arbeitsplätze in den kommenden Monaten zu erhalten?
108. Abgeordneter
Dreßler
(SPD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Beschäftigungssituation in der Automobilindustrie, und hält die Bundesregierung es für wahrscheinlich, daß Unternehmen der Automobilindustrie in den nächsten Monaten Kurzarbeit anmelden müssen?
109. Abgeordneter
Dr. Jens
(SPD)
- Wie hoch ist das durch das Programm der Bundesregierung zur Förderung von FuE-Personal in der Wirtschaft in seinen beiden Teilen Personalkostenzuschuß des Bundesministeriums für Wirtschaft und Zuwachsförderung des Bundesministeriums für Forschung und Technologie in etwa geförderte Investitionsvolumen, und welche Auswirkungen hat eine eventuelle Verweigerung der Maßnahmen durch die EG für die hiervon begünstigten mittelständischen Unternehmen (z. B. Investitionsausfall, Beschäftigung, technologische Entwicklung und internationale Wettbewerbsfähigkeit)?

- | | |
|--|---|
| 110. Abgeordneter
Dr. Jens
(SPD) | Welcher Anteil der von der Bundesregierung getätigten Mittelstandsförderung würde durch den endgültigen Ausfall des Programms wegfallen? |
| 111. Abgeordneter
Hansen
(Hamburg)
(SPD) | Mit welchem Mittelabfluß rechnet die Bundesregierung im Jahr 1985 für das Programm der Bundesregierung zur Förderung von FuE-Personal in der Wirtschaft in seinen beiden Teilen Personalkostenzuschuß des Bundesministeriums für Wirtschaft und Zuwachsförderung des Bundesministeriums für Forschung und Technologie? |
| 112. Abgeordneter
Hansen
(Hamburg)
(SPD) | Wieviel Personal (unterteilt nach Wissenschaftlern, Technikern, übrigen Personal) ist bis jetzt auf Grund des Programms eingestellt worden (getrennt nach den beiden Teilprogrammen)? |
| 113. Abgeordneter
Vosen
(SPD) | Welche Alternativen zieht die Bundesregierung in Erwägung, wenn die EG-Kommission die Zustimmung zu dem Programm der Bundesregierung zur Förderung von FuE-Personal in der Wirtschaft in seinen beiden Teilen Personalkostenzuschuß des Bundesministeriums für Wirtschaft und Zuwachsförderung des Bundesministeriums für Forschung und Technologie verweigert? |
| 114. Abgeordneter
Vosen
(SPD) | Wie beurteilt die Bundesregierung die möglichen Mitnahmeeffekte von Alternativen angesichts der Tatsache, daß das Institut für Systemtechnik und Innovationsforschung der Fraunhofer-Gesellschaft den Mitnahmeeffekt der gestoppten Teilprogramme mit 40 v. H. bewertet? |
| 115. Abgeordneter
Stahl
(Kempen)
(SPD) | In welcher Weise hat sich die Bundesregierung seit dem Kabinettsbeschuß über das Programm der Bundesregierung zur Förderung von FuE-Personal in der Wirtschaft in seinen beiden Teilen Personalkostenzuschuß des Bundesministeriums für Wirtschaft und Zuwachsförderung des Bundesministeriums für Forschung und Technologie im September 1984 bis zum Beginn des Haushaltsjahres 1985 für die Zustimmung zu den Programmen eingesetzt? |
| 116. Abgeordneter
Stahl
(Kempen)
(SPD) | Zu welchem Zeitpunkt wird nach Auffassung der Bundesregierung die Zustimmung der EG-Kommission (getrennt nach den beiden Teilprogrammen) erteilt werden? |
| 117. Abgeordneter
Grunenberg
(SPD) | Was geschieht, wenn die EG-Kommission ihre Zustimmung zu dem Programm der Bundesregierung zur Förderung von FuE-Personal in der Wirtschaft in seinen beiden Teilen Personalkostenzuschuß des Bundesministeriums für Wirtschaft und Zuwachsförderung des Bundesministeriums für Forschung und Technologie |

verweigert, mit den Firmen, die an dem Programm teilnehmen und auf Grund des nachträglichen Finanzierungsmodus ihre Vorleistungen nicht erstattet bekommen?

118. Abgeordneter
Grunenberg
(SPD)

Wie wirkt sich die Intervention der EG-Kommission bei eventueller Nichtzustimmung auf die an dem Programm teilnehmenden Firmen unter Berücksichtigung verschiedener Branchen- und Betriebsgrößenklassen aus?

119. Abgeordneter
Catenhusen
(SPD)

Welche Informationen lagen der Bundesregierung zum Zeitpunkt des Kabinettsbeschlusses über das Programm der Bundesregierung zur Förderung von FuE-Personal in der Wirtschaft in seinen beiden Teilen Personalkostenzuschuß des Bundesministeriums für Wirtschaft und Zuwachsförderung des Bundesministeriums für Forschung und Technologie im September 1984 über die formellen Voraussetzungen zur Notifizierung von Förderprogrammen durch die EG-Kommission vor?

120. Abgeordneter
Catenhusen
(SPD)

Wie verlief das interministerielle Abstimmungsverfahren, und zu welchem Zeitpunkt hat die Bundesregierung – und gegebenenfalls in welcher Weise – das formelle Zustimmungsverfahren zu dem Programm bei der EG-Kommission eingeleitet?

121. Abgeordneter
Austermann
(CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, in welcher Höhe Subventionen des Bundes und ähnliche staatliche Leistungen in den Energiemarkt fließen?

122. Abgeordneter
Austermann
(CDU/CSU)

Sieht die Bundesregierung bei noch weiteren Raffineriestilllegungen die Versorgungssicherheit mit Mineralölprodukten gefährdet?

Bonn, den 8. März 1985

